

Subventionen schaffen keine Jobs auf Dauer

(von Lothar Späth)

Die Tatsache, dass bis zu 2300 Menschen ihren Arbeitsplatz bei Nokia in Bochum verlieren, verdient Mitgefühl und erfordert eine sozialpolitische Unterstützung der Betroffenen. Dass sich ein Unternehmen entschließt, die Produktion in ein Land zu verlegen, in dem die Löhne wesentlich geringer sind, sollte aber wenig überraschend sein.

Der Handyhersteller Nokia ist nicht einmal der erste Aussiedler der Branche, sondern sogar der letzte, der Deutschland verlässt. Für Nokia selbst, dessen Lohnkostensumme nur fünf Prozent der Gesamtkosten ausmacht, ist das Argument der geringeren Löhne in Rumänien zwar nicht der eigentliche Grund für den Umzug. Entscheidend ist aber wohl, dass die Zulieferfirmen aufgrund höherer Lohnkostenanteile nicht in der Lage sind, die hohen Investitionen für eine Niederlassung in Deutschland, in nächster Nähe zum Nokia-Werk, rentabel zu machen.

Wenn man die Sachlage einmal nüchtern betrachtet, dann war auf kurz oder lang im Grunde nichts anderes als die nun gefallene Entscheidung zu erwarten. Wahrscheinlich wäre Nokia schon früher umgezogen, hätte man sich nicht an einen Subventionierungsvertrag gebunden. Und ohne einen solchen Vertrag – das heißt ohne den Köder von insgesamt mehr als 80 Millionen Euro – hätte es wohl erst gar kein Nokia-Werk in Bochum gegeben.

Was erwarten also Politiker von Unternehmen, denen sie erst solche Summen versprechen müssen, bevor diese sich verpflichten, ein paar Jahre in Deutschland zu produzieren? Hat denn irgendjemand ernsthaft mit dem Gedanken gespielt, der Weltmarktführer kümmere sich nach Einstreichen der Millionen nicht mehr um seinen Profit? Den Vertrag nicht eingehalten zu haben, kann man Nokia offensichtlich nicht vorwerfen. Ob es allerdings aus deutscher Sicht ein guter Vertrag war, den die Politik da ausgehandelt hat, lässt sich freilich bezweifeln.

Einige Politiker sehen in der Entscheidung von Nokia eine extreme moralische Verfehlung. Jürgen Rüttgers (CDU) etwa warnt Nokia vor Imageverlusten, die sich auf den Absatz auswirken werden. Kurt Beck (SPD) und Fritz Kuhn (Grüne) sind die Ersten, die sich kein Nokia-Handy mehr kaufen wollen, und Horst Seehofer (CSU) warf das seinige sogar schon in den Müll.

Doch wer die Entscheidung, die betriebswirtschaftlich vermutlich vernünftig war, durch eine gesonderte moralische Brille beurteilt, der sollte wenigstens bedenken, dass in Rumänien dadurch eine Menge guter Jobs entstehen, welche das neue EU-Mitglied dringend braucht. Der Aufstieg Rumäniens wiederum wird sich auch positiv auf Europa und unser Land auswirken. Die Einfuhren des EU-Neulings wuchsen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres mehr als doppelt so schnell wie die Ausfuhren. Gleichzeitig ist der Exportweltmeister Deutschland zum wichtigsten Handelspartner Rumäniens aufgestiegen.

Die Produktionsverlagerung zur Kostenreduzierung ist zudem seit langer Zeit weltwirtschaftlicher Alltag. Ein wirtschaftliches Pionierland wie Deutschland kann seinen Wohlstand und die hohen Löhne seit jeher nur dadurch bezahlen, dass man anderen immer einen Schritt voraus ist. Im Laufe des Lebens einer Industriebranche geht der ursprüngliche Wissensvorsprung verloren. Und ist das Produkt erst einmal ausgereift, setzt der Preiswettbewerb mit den Imitatoren ein. Das macht irgendwann die Einsparung von Lohnkosten möglich und notwendig.

Sie nützt zum einen den Verbrauchern und zum anderen den Ländern in nachholender Entwicklung, die quasi das Erbe der einstigen Innovationen der Pionierländer antreten. Diese wiederum können sich auf ihrem Vorsprung nicht ausruhen, sondern müssen weitere Innovationen hervorbringen, die sie dann unter anderem in die aufstrebenden Volkswirtschaften exportieren können. Der Exportweltmeister Deutschland wird in der Summe auch vom rumänischen Entwicklungserfolg profitieren – vorausgesetzt natürlich, wir machen unsere Hausaufgaben. Womit wir wieder bei der Politik sind.

EU-Industriekommissar Günter Verheugen (SPD) ging am Wochenende so weit zu sagen, es habe keinen Sinn, dass der Staat Subventionen zahle. So weit möchte ich nicht gehen. Aber man kann mit Subventionen nur Zeit für Anpassungsprozesse gewinnen, mehr nicht. Oder anders gesagt: Man kann nur Zeit kaufen, aber keine Arbeitsplätze, die auf Dauer wettbewerbsfähig sind.

Die Versuchung für die Politik ist groß, mit Subventionen den Beifall für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzuheimsen. Man muss jedoch immer wissen, dass der Zeitpunkt kommt, an dem der künstliche Wettbewerbsvorteil verbraucht ist. Dann muss man für Ersatz sorgen. Die laute Solidarisierung mit den Opfern ist jedoch kein Ersatz. Das wären nur neue Arbeitsplätze mit höherer Wertschöpfung. Da ist es oft besser, die Subventionssummen gleich in die Verbesserung der Infrastruktur zu investieren.

Vielleicht muss man immer wieder aufs Neue zeigen, worin die klaren Vorteile einer freien Marktwirtschaft liegen, damit auch ihre Nachteile akzeptiert werden. Schließlich kommt man an der Tatsache nicht vorbei, dass die Marktwirtschaft nur dann ihre Stärke entfalten kann, wenn man bereit ist, das System möglichst störungsfrei laufen zu lassen. Wer zu massiv ins Getriebe greift und die Automatismen des marktwirtschaftlichen Anreizes behindert, darf sich über resultierende Wohlstandseinbußen und Arbeitslosigkeit nicht wundern.

Die Soziale Marktwirtschaft braucht einen starken Staat, der einen fairen Wettbewerb gewährleistet sowie die Bildung und Forschung massiv vorantreibt. Diese Politik ist bekanntlich leider weniger spektakulär als eine Politik, die den Menschen vorgaukelt, der Staat könne nachhaltig Arbeitsplätze schaffen.

Lothar Späth im Handelsblatt vom 24.01.2008